

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1990

Ausgegeben am 4. Mai 1990

100. Stück

229. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens (NR: GP XVII RV 973 AB 1064 S. 114. BR: AB 3740 S. 520.)
230. Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend die Beseitigung bestehender und Verhinderung neuer mengenmäßiger Beschränkungen bei der Ausfuhr sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung samt gemeinsamer Erklärung der Vertragsparteien (NR: GP XVII RV 1108 AB 1179 S. 129. BR: AB 3811 S. 525.)

229.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Volksrepublik China, (im folgenden „die beiden Vertragsparteien“ genannt),

in dem Wunsche, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der angewandten medizinischen Forschung zu fördern,

in der Erkenntnis der Zweckmäßigkeit, gemeinsame Anstrengungen bei der Lösung medizinischer Probleme von beiderseitigem Interesse zu unternehmen,

in Berücksichtigung der Bedeutung, welche die Medizin und das Gesundheitswesen für die Menschheit in der Gegenwart besitzen, und eingedenk ihrer Verantwortung, entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Weltgesundheitsorganisation für den bestmöglichen Schutz der Gesundheit der Staatsangehörigen beider Staaten zu sorgen, sind übereingekommen, nachstehendes Abkommen zu schließen:

Artikel 1

Die beiden Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der angewandten medizinischen Forschung fördern. Besondere Aufmerksamkeit soll dem Erfahrungsaustausch auf den Gebieten der Organisation des Gesundheitswesens, der Aus- und Weiterbildung des ärztlichen und sonstigen medizinischen Personals, der Bekämpfung von Infektionskrankheiten sowie der Durchführung von Projekten der angewandten medizinischen Forschung von gemeinsamem Interesse gewidmet werden.

Artikel 2

Zur Verwirklichung der Zusammenarbeit fördern die Vertragsparteien insbesondere

1. die Zusammenarbeit und den direkten Kontakt ihrer Institutionen und Behörden auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und im Bereich der angewandten medizinischen Forschung,
2. die Zusammenarbeit ihrer medizinischen-wissenschaftlichen Gesellschaften,
3. den Austausch sowie andere direkte Kontakte und Verbindungen zwischen Wissenschaftlern und Experten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und im Bereich der angewandten medizinischen Forschung, einschließlich der damit zusammenhängenden Benutzung von Laboratorien, wissenschaftlichen Bibliotheken und medizinischen Informationszentren,
4. die gegenseitige Einladung von Wissenschaftlern und Experten zu einschlägigen Fachveranstaltungen.

Artikel 3

Die beiden Vertragsparteien beauftragen zur Durchführung dieses Abkommens jeweils das für das Gesundheitswesen zuständige Bundeskanzleramt der Republik Österreich beziehungsweise das Ministerium für Gesundheitswesen der Volksrepublik China als ausführende Organe. Die beiden ausführenden Organe treten abwechselnd in den beiden Hauptstädten zusammen, um Arbeitspläne mit einer Geltungsdauer von jeweils fünf Jahren auszuarbeiten. In diesen Arbeitsplänen sind unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der Ausgewogenheit und des gegenseitigen Nutzens nähere Vereinbarungen, insbesondere über den Umfang und die Modalitäten des Austausches von Experten und Wissenschaftlern sowie über konkrete gemeinsame Projekte auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der angewandten medizinischen Forschung zu treffen.

Artikel 4

Im Falle einer Entsendung von Experten und Wissenschaftlern durch die beiden Vertragsparteien trägt die entsendende Seite die Reisekosten zur Hauptstadt des Gastlandes und zurück. Die empfangende Seite trägt die Aufenthaltskosten der oben genannten Personen einschließlich der Kosten für die mit dem Zweck des Aufenthaltes verbundenen Reisen innerhalb des Gastlandes. Zur Bedeckung der Aufenthaltskosten der entsandten Personen bezahlt die empfangende Seite diesen ein Tagesgeld, dessen Höhe in Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten im Empfangsstaat in den Arbeitsplänen festzusetzen ist.

Artikel 5

Das vorliegende Abkommen tritt 30 Tage nach dem Zeitpunkt der gegenseitigen Bekanntgabe, daß die beiden Vertragsparteien ihre jeweiligen gesetzlichen Verfahren durchgeführt haben, in Kraft. Das Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, sofern nicht eine der Vertragsparteien dieses Abkommen spätestens sechs Monate vor Ablauf dieser Frist auf diplomatischem Wege in schriftlicher Form kündigt.

Geschehen zu Wien, am 13. Mai 1989, in zwei Urschriften in deutscher und chinesischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Harald Ettl

Für die Regierung
der Volksrepublik China:

Chen Mingzhang

中华人民共和国政府和 奥地利共和国政府 卫生合作协定

中华人民共和国政府和奥地利共和国政府（以下简称“缔约双方”），希望促进两国在卫生事业和应用医学研究方面的合作，认识到共同努力解决双方感兴趣的医学问题是适宜的，考虑到医学和卫生事业对当今人类的意义，意识到有责任根据世界卫生组织的宗旨和原则，尽可能保护两国国民的健康，一致同意缔结本协定，条文如下：

第 一 条

缔约双方将促进在卫生事业和应用医学研究方面的合作，特别注重交流在卫生事业组织、医生和其他医务人员的培训深造、传染病的防治等方面的经验，以及执行共同感兴趣的应用医学研究项目。

第 二 条

为实现合作，缔约双方将特别促进：

一、卫生事业机构以及应用医学研究机构的合作和直接联系；

二、双方医学科学协会的合作；

三、卫生事业和应用医学研究领域的科学家和专家的交流和其它直接接触与联系，包括利用有关的实验室、科学图书馆和医学情报中心；

四、相互邀请科学家和专家参加有关的专业会议。

第 三 条

为实施本协定，缔约双方分别指定中华人民共和国卫生部和奥地利共和国主管卫生事业的联邦总理府为本协定的执行机构。双方执行机构将制定一个有效期为五年的工作执行计划。在这个计划中，应考虑均衡互利的原则，就科学家和专家交流的范围和形式，卫生事业及应用医学研究领域的共同具体项目达成进一步协议。

第 四 条

缔约双方派遣科学家和专家时，派遣方承担到达接待国首都的往返旅费。接待方承担上述人员在其国内逗留期间的费用，包括有关的旅行费用。接待方每天为对方派遣人员支付一笔生活费，生活费标准将根据接待国的生活费标准在工作计划中加以规定。

第 五 条

本协定自缔约双方完成各自的法律程序并相互通知之日起第三十天生效。本协定有效期为五年。如缔约任何一方在本协定期满六个月前未通过外交途径以书面形式通知缔约另一方终止本协定，则本协定将自动延长五年，并依此法顺延。

本协定于一九八九年五月十三日在维也纳签订，一式两份，每份都用中文和德文写成，两种文本具有同等效力。

中华人民共和国政府

奥地利共和国政府

代 表

代 表

Chen Mingzhang

Harald Ettl

Die Mitteilungen gemäß Art. 5 erfolgten am 15. bzw. 30. März 1990; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 5 mit 29. April 1990 in Kraft.

Vranitzky

230.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt gemeinsamer Erklärung der Vertragsparteien wird genehmigt.

ZUSATZPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT BETREFFEND DIE BESEITIGUNG BESTEHENDER UND VERHINDERUNG NEUER MENGENMÄSSIGER BESCHRÄNKUNGEN BEI DER AUSFUHR SOWIE VON MASSNAHMEN GLEICHER WIRKUNG

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

einerseits und

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

andererseits,

GESTÜTZT AUF das am 22. Juli 1972 in Brüssel unterzeichnete Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich *), nachstehend „Abkommen“ genannt, insbesondere auf Artikel 32,

EINGEDENK der in der am 9. April 1984 von den Ministern der EFTA-Staaten und der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg verabschiedeten gemeinsamen Erklärung zum Ziel erhobenen Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraums,

IN DEM BEWUSSTSEIN der Notwendigkeit, ihre Handelsbeziehungen im Interesse beider Wirtschaften durch Beseitigung bestehender und Verhinderung neuer Hemmnisse bei der Ausfuhr von unter das Abkommen fallenden Erzeugnissen zu entwickeln,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß dessenungeachtet eine Vertragspartei sich unter bestimmten außergewöhnlichen Umständen gezwungen sehen kann, ausfuhrwirksame Schutzmaßnahmen zu treffen, und daß es angezeigt ist, dazu spezifische Bestimmungen zu schaffen,

HABEN BESCHLOSSEN, DIESES PROTOKOLL ZU SCHLIESSEN:

Artikel 1

Folgende Artikel werden in das Abkommen eingefügt:

„Artikel 13 a

(1) Im Warenverkehr zwischen der Gemeinschaft und der Republik Österreich werden keine neuen mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen bzw. Maßnahmen gleicher Wirkung verfügt.

(2) Alle mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung werden zum 1. Januar 1990 aufgehoben; ausgenommen davon sind die Maßnahmen, die für die im Protokoll Nr. 6 aufgeführten Waren am 1. Januar 1989 gelten und die nach Maßgabe des genannten Protokolls beseitigt werden.

Artikel 13 b

Die Vertragspartei, die eine Änderung ihrer Regelung der Ausfuhren in Drittländer erwägt, hat dies dem Gemischten Ausschuß nach Möglichkeit mindestens dreißig Tage vor Inkrafttreten der in Aussicht genommenen Änderung zu notifizieren. Sie muß von allen Einwänden der anderen Vertragspartei hinsichtlich sich möglicherweise ergebender Verzerrungen Kenntnis nehmen.

Artikel 24 a

Wenn auf Grund der Artikel 7 und 13 a

1. es zu einer Wiederausfuhr in ein Drittland kommt, demgegenüber die ausführende Vertragspartei für das jeweilige Erzeugnis mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen, Ausfuhrzölle oder Maßnahmen und Abgaben gleicher Wirkung aufrechterhält, oder
2. im Zusammenhang mit einem für die ausführende Vertragspartei wesentlichen Erzeugnis ein schwerwiegender Versorgungsengpaß entsteht oder droht,

und wenn der ausführenden Vertragspartei in den vorgenannten Situationen ernste Schwierigkeiten entstehen oder zu entstehen drohen, kann diese Vertragspartei nach den Voraussetzungen und Verfahren des Artikels 27 geeignete Maßnahmen treffen.“

Artikel 2

Artikel 27 des Abkommens erhält folgende Fassung:

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 466/1972

„Artikel 27

(1) Legt eine Vertragspartei für die Einfuhr oder Ausfuhr von Waren, die die in den Artikeln 24, 24 a und 26 genannten Schwierigkeiten hervorrufen können, ein Verwaltungsverfahren fest, um schnell Informationen über die Entwicklung der Handelsströme zu erhalten, so teilt sie dies der anderen Vertragspartei mit.

(2) Die betroffene Vertragspartei stellt in den Fällen der Artikel 22 bis 26 vor Ergreifen der darin vorgesehenen Maßnahmen und in den Fällen des Absatzes 3 Buchstabe e umgehend dem Gemischten Ausschuß alle zweckdienlichen Angaben zur Verfügung, um eine gründliche Prüfung der Lage im Hinblick auf eine für die Vertragsparteien annehmbare Lösung zu ermöglichen.

Mit Vorrang sind die Maßnahmen zu treffen, die das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Die Schutzmaßnahmen werden dem Gemischten Ausschuß unverzüglich notifiziert und sind dort, insbesondere im Hinblick auf eine möglichst rasche Beseitigung, Gegenstand regelmäßiger Konsultationen.

(3) Für die Durchführung des Absatzes 2 gilt folgendes:

- a) Bezüglich des Artikels 23 können beide Vertragsparteien den Gemischten Ausschuß befassen, wenn ihrer Ansicht nach eine bestimmte Praktik mit dem guten Funktionieren dieses Abkommens im Sinne des Artikels 23 Absatz 1 unvereinbar ist.

Zur Prüfung des Falles und gegebenenfalls zur Beseitigung der beanstandeten Praktik erteilen die Vertragsparteien dem Gemischten Ausschuß alle zweckdienlichen Auskünfte und leisten die erforderliche Hilfe.

Hat die betreffende Vertragspartei innerhalb der im Gemischten Ausschuß festgesetzten Frist die beanstandete Praktik nicht eingestellt, oder kommt innerhalb von drei Monaten nach Befassung des Gemischten Ausschusses in diesem keine Einigung zustande, so kann die betroffene Vertragspartei die von ihr für erforderlich erachteten Schutzmaßnahmen treffen, um die aus den genannten Praktiken entstehenden ernststen Schwierigkeiten zu beheben; sie kann insbesondere Zollzugeständnisse zurücknehmen.

- b) Bezüglich des Artikels 24 werden die Schwierigkeiten, die sich aus der dort beschriebenen Lage ergeben, dem Gemischten Ausschuß zur Prüfung vorgelegt; dieser kann alle zweckdienlichen Beschlüsse zu ihrer Behebung fassen.

Hat der Gemischte Ausschuß oder die ausführende Vertragspartei innerhalb von dreißig Tagen nach der Notifizierung keinen Beschluß zur Behebung der Schwierigkeiten gefaßt, so ist die einführende Vertragspartei berechtigt, auf die eingeführte Ware eine Ausgleichsabgabe zu erheben.

Bei der Berechnung dieser Ausgleichsabgabe wird die Inzidenz der für die verarbeiteten Rohstoffe oder Zwischenprodukte festgestellten Zolldisparitäten auf den Wert der betreffenden Waren zugrunde gelegt.

- c) Bezüglich des Artikels 24 a werden die Schwierigkeiten, die sich aus der dort beschriebenen Lage ergeben, dem Gemischten Ausschuß zur Prüfung vorgelegt. Bezüglich des Artikels 24 a Unterabsatz 2 ist der ausreichende Nachweis für einen drohenden Versorgungsengpaß mit entsprechenden Mengen- und Preisindikatoren zu liefern.

Der Gemischte Ausschuß kann alle zweckdienlichen Beschlüsse zur Behebung der Schwierigkeiten fassen. Hat der Gemischte Ausschuß innerhalb von dreißig Tagen nach seiner Befassung keinen Beschluß gefaßt, so ist die ausführende Vertragspartei ermächtigt, für das jeweilige Erzeugnis vorübergehend geeignete Ausfuhrmaßnahmen zu verfügen.

- d) Bezüglich des Artikels 25 findet im Gemischten Ausschuß eine Konsultation statt, bevor die betroffene Vertragspartei geeignete Maßnahmen trifft.

- e) Schließen außergewöhnliche Umstände, die ein sofortiges Eingreifen erforderlich machen, eine vorherige Prüfung aus, so kann die betroffene Vertragspartei in den Fällen der Artikel 24, 24 a, 25 und 26 sowie im Falle von Ausfuhrbeihilfen, die sich unmittelbar und sofort auf den Handel auswirken, unverzüglich die zur Abhilfe unbedingt erforderlichen Sicherungsmaßnahmen treffen.“

Artikel 3

Folgender Wortlaut wird dem Abkommen als Protokoll Nr. 6 angefügt:

„Protokoll Nr. 6**über die Beseitigung bestimmter mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen****Artikel 1**

Die von der Gemeinschaft bei der Ausfuhr der nachstehend aufgeführten Erzeugnisse in die Republik Österreich angewandten mengenmäßigen Beschränkungen werden spätestens bis zu den im folgenden genannten Daten beseitigt.

Harmonisiertes System Position	Warenbezeichnung	Datum der Beseitigung
74.04	Abfälle und Schrott, aus Kupfer	1. 1. 1993
ex 44.01	Brennholz von Nadelholz sowie Holz von Kiefern und Tannen in Form von Plättchen oder Schnitzeln	1. 1. 1993
ex 44.03	Rohholz, auch entrindet, oder vom Splint befreit: - andere, ausgenommen Holz von Pappeln	1. 1. 1993
	Rohholz, zwei- oder vierseitig grob zugerichtet, nicht weiter bearbeitet - andere, ausgenommen Holz von Pappeln	1. 1. 1993
ex 44.07	Holz, in der Längsrichtung gesägt, gemessert oder geschält, aber nicht weiter bearbeitet, mit einer Dicke von mehr als 6 mm: - von Nadelholz, ausgenommen Brettchen zum Herstellen von Kisten, Sieben und ähnlichem	1. 1. 1993
ex 41.01	Rohhäute und Felle von Rindern, mit einem Stückgewicht von weniger als 6 kg	1. 1. 1992
ex 41.02	Rohe Felle von Schafen und Lämmern	1. 1. 1992
ex 41.03	Rohe Häute und Felle von Ziegen und Zickeln	1. 1. 1992
ex 43.01	Rohe Pelzfelle von Kaninchen	1. 1. 1992

Artikel 2

Die von der Republik Österreich bei der Ausfuhr der nachstehend aufgeführten Erzeugnisse in die Gemeinschaft angewandten mengenmäßigen Beschränkungen werden spätestens bis zu den im folgenden genannten Daten beseitigt.

Harmonisiertes System Nr. des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Datum der Beseitigung
aus 26.20	Aschen und Rückstände, hauptsächlich Zink enthaltend	1. 1. 1991
aus 26.20	Aschen und Rückstände, hauptsächlich Blei enthaltend: - Akkumulatorplatten und entleerte ganze Akkumulatoren	1. 1. 1991
aus 44.01	Holz von Abschnitzeln oder Teilchen: Spreisselholz	1. 1. 1993
aus 44.03	Rohholz, ausgenommen tropische Hölzer oder Holz mit Farbe, Beize, Kreosot und anderen Schutzmitteln behandelt: - Rohholz von Nadelbäumen, weder zwei- noch vierseitig, grob zugerichtet - Rohes Laubrundholz, Güteklasse B/C - Rohholz von Buchen für die Herstellung von Halbstoffen aus Holz . .	1. 1. 1993
74.04	Abfälle und Schrott, aus Kupfer	1. 1. 1993
76.02	Abfälle und Schrott, aus Aluminium	1. 1. 1993“

Artikel 4

Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Zustimmung durch die Vertragsparteien gemäß ihren eigenen Verfahren.

Es tritt am 1. Januar 1990 in Kraft, sofern die Vertragsparteien einander vor diesem Zeitpunkt den Abschluß der dafür erforderlichen Verfahren notifiziert haben.

Erfolgt das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls nicht zu diesem Zeitpunkt, so tritt es am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, der auf die Notifikation folgt.

Artikel 5

Dieses Zusatzprotokoll ist in zwei Urschriften abgefaßt, jede in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu Brüssel am 31. Oktober 1989.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Wolte

Für den Rat der Europäischen Gemeinschaften:

Vidal

Giola

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER VERTRAGSPARTEIEN

zum Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend die Beseitigung bestehender und Verhinderung neuer mengenmäßiger Beschränkungen bei der Ausfuhr sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung

Die Vertragsparteien erklären, daß die Artikel 7, 13 a und 13 b des Abkommens für die in Artikel 2 des Abkommens spezifizierten Erzeugnisse gelten

- einschließlich der in Artikel 14 des Abkommens spezifizierten Erdölerzeugnisse,
- ausgenommen die unter das Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Österreich andererseits *) fallenden Erzeugnisse.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 467/1972

SUPPLEMENTARY PROTOCOL TO THE AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY CONCERNING THE ELIMINATION OF EXISTING AND PREVENTION OF NEW QUANTITATIVE RESTRICTIONS AFFECTING EXPORTS OR MEASURES HAVING EQUIVALENT EFFECT

THE REPUBLIC OF AUSTRIA

of the one part, and

THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY

of the other part,

HAVING REGARD to the Agreement between the European Economic Community and the Republic of Austria signed in Brussels on 22 July 1972, hereinafter called the "Agreement", and in particular to Article 32 thereof,

RECALLING the objective of creating a European Economic Space in accordance with the Joint Declaration adopted by Ministers of the EFTA countries and the Member States of the Community and the Commission of the European Communities in Luxembourg on 9 April 1984,

MINDFUL of the need to develop their trade relations in the interests of both their economies by eliminating existing and preventing any new barriers affecting their exports of products covered by the Agreement,

AWARE nonetheless that under certain exceptional circumstances a Contracting Party may be forced to take safeguard measures on exports and that specific provisions should be introduced to this end,

HAVE DECIDED TO CONCLUDE THIS PROTOCOL:

Article 1

The following Articles are inserted into the Agreement:

„Article 13 a

1. No new quantitative restriction on exports or measures having equivalent effect shall be introduced in trade between the Community and Austria.

2. Quantitative restrictions on exports and any measures having equivalent effect shall be abolished on 1 January 1990, except for those applied on 1 January 1989 to products listed in Protocol No 6 which shall be eliminated in accordance with the provisions of the said Protocol.

Article 13 b

A Contracting Party which is considering a change in the arrangements which it applies to exports to third countries shall, as far as may be practicable, notify the Joint Committee not less than thirty days before the proposed change comes into effect. It shall take note of any representations by the other Contracting Party regarding any distortions which may result therefrom.

Article 24 a

Where compliance with the provisions of Articles 7 and 13 a leads to

- (1) re-export towards a third country against which the exporting Contracting Party maintains, for the product concerned quantitative export restrictions, export duties or measures or charges having equivalent effect; or
- (2) a serious shortage, or threat thereof, of a product essential to the exporting Contracting Party;

and where the situations referred to above give rise or are likely to give rise to major difficulties for the exporting Contracting Party, that Contracting Party may take appropriate measures under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 27."

Article 2

The text of Article 27 of the Agreement is replaced by the following:

"Article 27

"1. In the event of a Contracting Party subjecting imports or exports of products liable to give rise to the difficulties referred to in Articles 24, 24 a and 26 to an administrative procedure, the purpose of which is to provide rapid information on the trend of trade flows, it shall inform the other Contracting Party.

2. In the cases specified in Articles 22 to 26, before taking the measures provided for therein or, in cases to which paragraph 3 (e) applies, as soon as possible, the Contracting Party in question shall supply the Joint Committee with all relevant information required for a thorough examination of the situation with a view to seeking a solution acceptable to the Contracting Parties.

In the selection of measures, priority must be given to those which least disturb the functioning of the Agreement.

The safeguard measures shall be notified immediately to the Joint Committee and shall be the

subject of periodical consultations within the Committee, particularly with a view to their abolition as soon as circumstances permit.

3. For the implementation of paragraph 2, the following provisions shall apply:

- (a) As regards Article 23, either Contracting Party may refer the matter to the Joint Committee if it considers that a given practice is incompatible with the proper functioning of the Agreement within the meaning of Article 23 (1).

The Contracting Parties shall provide the Joint Committee with all relevant information and shall give it the assistance it requires in order to examine the case and, where appropriate, to eliminate the practice objected to.

If the Contracting Party in question fails to put an end to the practice objected to within the period fixed by the Joint Committee, or in the absence of agreement in the Joint Committee within three months of the matter being referred to it, the Contracting Party concerned may adopt any safeguard measures it considers necessary to deal with the serious difficulties resulting from the practices in question; in particular it may withdraw tariff concessions.

- (b) As regards Article 24, the difficulties arising from the situation referred to in that Article shall be referred for examination to the Joint Committee, which may take any decision needed to put an end to such difficulties.

If the Joint Committee or the exporting Contracting Party has not taken a decision putting an end to the difficulties within thirty days of the matter being referred, the importing Contracting Party is authorized to levy a compensatory charge on the product imported.

The compensatory charge shall be calculated according to the incidence on the value of the goods in question of the tariff disparities in respect of the raw materials or intermediate products incorporated therein.

- (c) As regards Article 24 a, the difficulties arising from the situations referred to in that Article shall be referred for examination to the Joint Committee. With regard to sub-paragraph (ii) of Article 24 a the threat of shortage shall be duly evidenced by appropriate quantitative and price indicators.

The Joint Committee may take any decision needed to put an end to the difficulties. If the Joint Committee has not taken such a decision within thirty days of the matter being referred to it, the exporting Contracting Party is authorized to apply temporarily appropriate measures on the exportation of the product concerned.

on trade, apply forthwith the precautionary measures strictly necessary to remedy the situation."

Article 3

The following text shall be appended to the Agreement as Protocol No 6:

"Protocol No 6

concerning the elimination of certain quantitative restrictions on exports

Article 1

Quantitative restrictions applied by the Community on exports to Austria of the products listed below shall be eliminated at the latest on the dates indicated.

- (d) As regards Article 25, consultation in the Joint Committee shall take place before the Contracting Party concerned takes the appropriate measures.
- (e) Where exceptional circumstances requiring immediate action make prior examination impossible, the Contracting Party concerned may, in the situations specified in Articles 24, 24 a, 25 and 26 and also in the case of export aids having a direct and immediate incidence

Harmonized System Heading No	Product Description	Date of elimination
70.04	Copper waste and scrap	1. 1. 1993
ex 44.01	Fuel wood, of coniferous wood and pine and fir shavings	1. 1. 1993
ex 44.03	Wood in the rough, whether or not stripped of its bark or merely roughed down - Other, not including poplar	1. 1. 1993
	Wood, roughly squared or half squared but not further manufactured - Other, not including poplar	1. 1. 1993
ex 44.07	Wood sawn lengthwise, sliced or peeled but not further prepared, of a thickness exceeding 6 mm - of coniferous wood not including small boards for the manufacture of boxes, sieves or riddles and the like	1. 1. 1993
ex 41.01	Raw hides and skins of bovine animals weighing less than 6 kg per skin .	1. 1. 1992
ex 41.02	Raw skins of sheep and lambs	1. 1. 1992
ex 41.03	Raw hides and skins of goats and kids	1. 1. 1992
ex 43.01	Raw furskins of rabbits	1. 1. 1992

Article 2

Quantitative restrictions applied by Austria on exports to the Community of the products listed below shall be eliminated at the latest on the dates indicated.

Harmonized System Heading No	Product description	Date of elimination
ex 26.20	Ash and residues, containing mainly zinc	1. 1. 1991
ex 26.20	Ash and residues, containing mainly lead: - Accumulator plates and drained whole accumulators	1. 1. 1991

Harmonized System Heading No	Product description	Date of elimination
ex 44.01	Wood in chips or particles, edgings	1. 1. 1993
ex 44.03	Wood in the rough, except tropical woods or wood treated with paint, stains, creosote or other preservatives: - Coniferous wood in the rough, other than roughly squared - Round broad leaved wood in the rough, category B/C - Beech wood in the rough, for use in the manufacture of wood pulp . . .	1. 1. 1993
74.04	Copper waste and scrap	1. 1. 1993
76.02	Aluminium waste and scrap	1. 1. 1993“

Article 4

This Supplementary Protocol shall be approved by the Contracting Parties in accordance with their own procedures.

It shall enter into force on 1 January 1990 provided that the Contracting Parties have notified each other before that date that the procedures necessary to this end have been completed.

If the Supplementary Protocol does not enter into force on that date, it shall do so on the first day of the second month following such notification.

Article 5

This Supplementary Protocol is drawn up in duplicate in the German, Danish, Dutch, English, French, Greek, Italian, Portuguese and Spanish languages, each of these texts being equally authentic.

Done at Brussels on the thirty-first day of October in the year one thousand nine hundred and eighty-nine.

For the Government of the Republic of Austria:

Wolte

For the Council of the European Communities:

Vidal

Giola

JOINT DECLARATION BY THE CONTRACTING PARTIES

to the Supplementary Protocol to the Agreement between the Republic of Austria and the European Economic Community concerning the elimination of existing and prevention of new quantitative restrictions affecting exports or measures having equivalent effect

The Contracting Parties declare that Articles 7, 13 a and 13 b of the Agreement shall apply to products specified in Article 2 of the Agreement,

- including the petroleum products specified in Article 14 of the Agreement,
- excluding the products covered by the Agreement between the Member States of the European Coal and Steel Community and the European Coal and Steel Community, of the one part, and the Republic of Austria of the other part.

PROTOCOLE ADDITIONNEL A L'ACCORD ENTRE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA COMMUNAUTE ECONOMIQUE EUROPEENNE, VISANT A ELIMINER ET A PREVENIR LES RESTRICTIONS QUANTITATIVES A L'EXPORTATION OU MESURES D'EFFET EQUIVALENT

LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE,

d'une part,

LA COMMUNAUTE ECONOMIQUE EUROPEENNE,

d'autre part,

VU l'accord entre la Communauté économique européenne et la République d'Autriche, signé à Bruxelles le 22 juillet 1972, ci-après dénommé « accord », et notamment son article 32,

RAPPELANT l'objectif de la création d'un espace économique européen conformément à la déclaration commune adoptée par les ministres des pays de l'AELE, les Etats membres de la Communauté et la Commission des Communautés européennes, à Luxembourg le 9 avril 1984,

SOUCLIEUSES de la nécessité de développer leurs relations commerciales dans l'intérêt mutuel de leurs économies en éliminant les entraves existantes affectant les exportations des produits couverts par l'accord et en empêchant l'apparition de nouvelles entraves,

CONSCIENTES néanmoins que, dans certaines circonstances exceptionnelles, une partie contractante peut être contrainte à prendre des mesures de sauvegarde des exportations et que des dispositions spécifiques doivent être introduites à cet effet,

ONT DECIDE DE CONCLURE LE PRESENT PROTOCOLE:

Article 1

Les articles suivants sont insérés dans l'accord:

« Article 13 bis

1. Aucune nouvelle restriction quantitative à l'exportation ou mesure d'effet équivalent ne sont introduites dans les échanges entre la Communauté et l'Autriche.

2. Les restrictions quantitatives à l'exportation et les mesures d'effet équivalent sont supprimées le 1^{er} janvier 1990, à l'exception de celles appliquées au 1^{er} janvier 1989 aux produits visés au protocole n° 6, qui seront éliminées conformément aux dispositions dudit protocole.

Article 13 ter

La partie contractante qui envisage de modifier le régime qu'elle applique aux exportations vers les pays tiers doit, autant que faire se peut, en aviser le comité mixte au moins trente jours avant que la modification proposée n'entre en vigueur. Le comité prend note de toute observation de l'autre

partie contractante à l'égard de toute distorsion qui pourrait en résulter.

Article 24 bis

Lorsque le respect des dispositions des articles 7 et 13 bis entraîne:

1. la réexportation vers un pays tiers vis-à-vis duquel la partie contractante exportatrice maintient pour le produit visé des restrictions quantitatives à l'exportation, des droits à l'exportation ou des mesures d'effet équivalent, ou
2. une pénurie grave ou une menace de pénurie grave d'un produit essentiel pour la partie contractante exportatrice,

et lorsque les situations susvisées provoquent ou risquent de provoquer de graves difficultés pour la partie contractante exportatrice, cette dernière peut prendre des mesures appropriées dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 27. »

Article 2

L'article 27 de l'accord est remplacé par le texte suivant:

« Article 27

1. Si une partie contractante soumet les importations ou les exportations de produits susceptibles de provoquer les difficultés visées aux articles 24, 24 bis et 26 à une procédure administrative ayant pour objet de fournir rapidement des renseignements au sujet de l'évolution des courants commerciaux, elle en informe l'autre partie contractante.

2. Dans les cas visés aux articles 22 à 26, avant de prendre les mesures qui y sont prévues ou dès que possible dans les cas visés au paragraphe 3 point e) du présent article, la partie contractante en cause fournit au comité mixte tous les éléments utiles pour permettre un examen approfondi de la situation, en vue de rechercher une solution acceptable pour les parties contractantes.

Les mesures qui apportent le moins de perturbation au fonctionnement de l'accord doivent être choisies en priorité.

Les mesures de sauvegarde sont immédiatement notifiées au comité mixte et font l'objet, au sein de celui-ci, de consultations périodiques, notamment en vue de leur suppression dès que les conditions le permettent.

3. Pour la mise en œuvre du paragraphe 2, les dispositions suivantes sont applicables:

- a) en ce qui concerne l'article 23, chaque partie contractante peut saisir le comité mixte si elle estime qu'une pratique donnée est incompatible avec le bon fonctionnement de l'accord, au sens de l'article 23 paragraphe 1.

Les parties contractantes communiquent au comité mixte tout renseignement utile et lui prêtent l'assistance nécessaire en vue de l'examen du dossier et, le cas échéant, de l'élimination de la pratique incriminée.

A défaut pour la partie contractante en cause d'avoir mis fin à la pratique incriminée dans le délai fixé au sein du comité mixte, où à défaut d'accord au sein de ce dernier dans un délai de trois mois à compter du jour où il est saisi, la partie contractante intéressée peut adopter les mesures de sauvegarde qu'elle estime nécessaires pour remédier aux difficultés sérieuses résultant de la pratique visée, notamment procéder à un retrait de concessions tarifaires;

- b) en ce qui concerne l'article 24, les difficultés résultant de la situation visées audit article sont notifiées pour examen au comité mixte qui peut prendre toute décision utile pour y mettre fin.

Si le comité mixte ou la partie contractante exportatrice n'ont pas pris une décision mettant fin aux difficultés dans un délai de trente jours suivant la notification, la partie contractante importatrice est autorisée à percevoir une taxe compensatoire sur le produit importé.

Cette taxe compensatoire est calculée en fonction de l'incidence sur la valeur des marchandises en cause des disparités tarifaires constatées pour les matières premières ou les produits intermédiaires incorporés;

- c) en ce qui concerne l'article 24 bis, les difficultés résultant des situations visées audit article sont notifiées pour examen au comité mixte. En ce qui concerne l'article 24 bis point 2), la menace de pénurie doit être dûment constatée par des indicateurs de quantité et de prix appropriés.

Le comité mixte peut prendre toute décision utile pour mettre fin à ces difficultés. Si le comité mixte n'a pas pris de décision dans un délai de trente jours suivant la notification, la partie contractante exportatrice est autorisée à appliquer temporairement des mesures appropriées aux exportations du produit visé;

- d) en ce qui concerne l'article 25, une consultation a lieu au sein du comité mixte avant que la partie contractante intéressée prenne les mesures appropriées;
- e) lorsque des circonstances exceptionnelles nécessitant une intervention immédiate excluent un examen préalable, la partie contractante intéressée peut, dans les situations visées aux articles 24, 24 bis, 25 et 26, ainsi que dans les cas d'aides à l'exportation ayant une incidence directe et immédiate sur les échanges, appliquer sans délai les mesures conservatoires strictement nécessaires pour remédier à la situation. »

Article 3

Le protocole suivant est ajouté à l'accord:

« Protocole N° 6

concernant l'élimination de certaines restrictions quantitatives à l'exportation

Article 1

Les restrictions quantitatives appliquées par la Communauté aux exportations vers l'Autriche des produits énumérés ci-après sont éliminées au plus tard aux dates indiquées.

Système harmonisé Position n°	Désignation des marchandises	Date d'élimination
74.04	Déchets et débris de cuivre	1. 1. 1993
ex 44.01	Bois de chauffage de conifères et copeaux de pins et de sapins	1. 1. 1993
ex 44.03	Bois brut, même écorcé ou simplement dégrossi: - autres, à l'exclusion du peuplier	1. 1. 1993
	Bois équarri ou demi-équarri mais sans autre transformation: - autres, à l'exclusion du peuplier	1. 1. 1993
ex 44.07	Bois scié longitudinalement, simplement tranché ou déroulé, d'une épaisseur excédant 6 mm: - de conifères, à l'exclusion des planchettes destinées à la fabrication de boîtes, tamis ou cribles et assimilés	1. 1. 1993
ex 41.01	Peaux brutes de bovins d'un poids inférieur à 6 kg par peau	1. 1. 1992
ex 41.02	Peaux brutes d'ovins	1. 1. 1992
ex 41.03	Peaux brutes de caprins	1. 1. 1992
ex 43.01	Pelletteries brutes de lapins	1. 1. 1992

Article 2

Les restrictions quantitatives appliquées par l'Autriche aux exportations vers la Communauté des produits énumérés ci-après sont éliminées au plus tard aux dates indiquées.

Système harmonisé Position n°	Désignation des marchandises	Date d'élimination
ex 26.20	Cendres et résidus contenant principalement du zinc	1. 1. 1991
ex 26.20	Cendres et résidus contenant principalement du plomb: - plaques d'accumulateurs et accumulateurs complets égouttés	1. 1. 1991
ex 44.01	Bois en plaquettes ou en particules, bordures	1. 1. 1993
ex 44.03	Bois bruts, à l'exception des bois tropicaux ou des bois traités avec une peinture, de la créosote ou d'autres agents de conservation: - bois bruts de conifères, autres qu'équarris - bois bruts feuilles en rondins, catégorie B/C - bois bruts de hêtres, pour la fabrication de pulpe de bois	1. 1. 1993
74.04	Déchets et débris de cuivre	1. 1. 1993
76.02	Déchets et débris d'aluminium	1. 1. 1993"

Article 4

Le présent protocole additionnel est approuvé par les parties contractantes selon les procédures qui leur sont propres.

Il entre en vigueur le 1^{er} janvier 1990, à condition que les parties contractantes se soient notifiées avant cette date l'achèvement des procédures nécessaires à cet effet.

Après cette date, le protocole additionnel entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la notification.

Article 5

Le présent protocole additionnel est rédigé en double exemplaire en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise, chacun de ces textes faisant également foi.

Fait à Bruxelles, le trente-et-un octobre mil neuf cent quatre-vingt-neuf.

Pour le gouvernement de la République d'Autriche:

Wolte

Pour le Conseil des Communautés européennes:

Vidal

Giola

DECLARATION COMMUNE DES PARTIES CONTRACTANTES

au protocole additionnel à l'accord entre la République d'Autriche et la Communauté économique européenne, visant à éliminer et à prévenir les restrictions quantitatives à l'exportation ou mesures d'effet équivalent

Les parties contractantes déclarent que les articles 7, 13 bis et 13 ter. de l'accord s'appliquent aux produits visés à l'article 2 de l'accord:

- y compris les produits pétroliers visés à l'article 14 de l'accord,
- à l'exclusion des produits couverts par l'accord entre les Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier et la Communauté européenne du charbon et de l'acier, d'une part, et la République d'Autriche, d'autre part.

Die Mitteilungen gemäß Art. 4 des Zusatzprotokolls wurden am 21. Juni 1989 bzw. am 23. März 1990 abgegeben; das Zusatzprotokoll tritt gemäß seinem Art. 4 mit 1. Mai 1990 in Kraft.

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1 125,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 225,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 1,80 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 9,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.